

## Deutschland.

**Berlin, 8. August.** Der Handelsminister wird sich am 15. d. Mts. zur Theilnahme an der dann erfolgenden Eröffnung auch der letzten Strecke (Hirschberg-Waldenburg) der schlesischen Gebirgsbahn nach Hirschberg begeben, und es wird bei dieser Gelegenheit denn auch von ihm die Berlin-Görlitzer Eisenbahn in ihrer ganzen Länge bis Görlitz befahren werden. Die volle Betriebsöffnung der letztgenannten Bahn ist, wie wir hören, für den 15. September in Aussicht genommen.

— Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und die Kaiserlich österreichische Familie haben durch den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Wien gegen die preussische Regierung ihre Anerkennung und ihren Dank für die Aufopferung und Hingebung auszusprechen lassen, mit welcher der preussische Gesandte, Herr v. Magnus, in Mexiko sich dem Kaiser Maximilian in den letzten Tagen seines Lebens gewidmet hat.

— Aus London wird der „N. F. P.“ mitgeteilt, der eigentliche Zweck des Besuchs der Kaiserin Eugenie auf der Insel Wight sei gewesen, sich Gewissheit über die Papiere zu verschaffen, welche den Erzherzog Maximilian betreffen und in den Händen der Königin befindlich sein sollen. Das Resultat der delikaten Mission ist für den französischen Hof nicht günstig gewesen.

— Die Direktion der Rentenbank für die Provinz Schlesien bringt zur Kenntniss, daß auf Grund des §. 19 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 auch die preussische Feuer-Vericherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin als solche genehmigt worden ist, bei welcher Versicherungen rentenpflichtiger Gebäude gegen Brandschäden stattfinden können.

— Die offizielle „Darmst. Ztg.“ erklärt, daß der Postvertrag zwischen Hessen und Preußen bereits vor längerer Zeit die Genehmigung des Großherzogs erhalten hat. Auch hört sie, daß der Vertrag den Ständen des Großherzogthums vorgelegt werden soll, sobald die Ratifikation der Königlich preussischen Regierung angelangt sein wird.

— Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten wird, der „Epen. Z.“ zufolge, die bereits früher angekündigte Reise in die Herzogthümer Schleswig-Holstein in den nächsten Tagen antreten und zuerst wahrscheinlich die Westsee-Inseln besuchen.

— Ein süddeutsches, dem preussischen Staate keineswegs freundlich gesinntes Blatt, der „Nürnberger Correspondent“, spricht sich über die Eventualität eines Bündnisses zwischen Frankreich und Oesterreich in echt nationalem Sinne aus. Das Blatt sagt: „Letzter will es den Anschein gewinnen, als wenn Napoleon und das französische Volk Krieg gegen Preußen im Sinne haben, bloß um zu beweisen, daß sie immer noch die Hauptmacht in Europa sind; wie Rußland und Oesterreich, soll auch Preußen noch erfahren, daß Frankreich der Meister. Natürlich will Frankreich nicht bloß Dänemark und Schweden, sondern auch Italien und Oesterreich zum Bundesgenossen haben, und das Letzte ist es, was uns ängstigt. Wir würden es für das größte Unglück halten, wenn wirklich Oesterreich sich aus dem Gefühl der erlittenen Kränkung verleitete, mit Frankreich gegen Preußen zu gehen, in der Hoffnung, dadurch wieder die alten Verhältnisse herstellen zu können. Vergangenes kommt nicht mehr wieder. Und einen ähnlichen deutschen Bund unter Führung Oesterreichs wieder aufzurichten, dazu gehört, daß man Preußen völlig zertümmerte und zu gänzlicher Ohnmacht verdammt; ohne den schrecklichsten Krieg wird das aber nicht geschehen wenn es je geschieht, und dann wären sicher die Rheinlande an Frankreich verloren, wenn es auch jetzt davon redet, daß es keine Entschädigung wolle. So redete man auch im Jahre 1859. Für Deutschland wäre das also nur Verlust, wenn auch Oesterreich etwa das süße Gefühl der Rache gewönne. Wie aber, wenn Preußen siegte? Es bleibt ihm, wenn Oesterreich mit Frankreich geht, kein anderer Ausweg, als ein Bündniß mit Rußland zu schließen, und dieses wird gern bereit sein; dann aber wird nicht Preußen, sondern viel eher Oesterreich in Trümmer gehen. Durch alle Länder Oesterreichs spinnt Rußland seine Fäden und Preußen wird nicht zurückbleiben. Bricht heute Krieg zwischen Oesterreich und Rußland und Preußen aus, so wird Alles, was slavisch ist, aufgerufen werden und der Kriegelärm wird bis nach Montenegro hinauf ertönen. Hoffe daher Oesterreich nicht auf Italien! Apol bis zum Brenner ist Italien lieber, als als die österreichische Herrschaft in Galizien, und die Wegnahme Triests jedenfalls angenehmer, als die Erhaltung Prag. Wenn also auch Oesterreich, Italien und Frankreich sich einigen wollten gegen Preußen und Rußland, so halten wir Oesterreich doch für sehr gefährdet und dem völligen Untergange ausgeführt. Eine Schlacht von Jena, die mit einem Male halb Preußen in die Hände Napoleons brächte, wird sicherlich nicht geschlagen werden, und auch in Süddeutschland will man von einer Einmischung Frankreichs nichts wissen, sondern lieber Preussisch, als Französisch werden. Wir wüßten daher für Oesterreich, wenn wirklich Frankreich Krieg anfängen will, keinen anderen Rath, als völlig neutral zu bleiben, wenn es nicht lieber mit Preußen ein Schutz- und Trugbündniß gegen entsprechende Dankbarkeit schließen will.

— Die im vorjährigen Feldzuge erbeuteten österreichischen Gewehre, wie die in den Zeughäusern zu Hannover, Kassel und den nassauischen Depots übernommenen Gewehrbestände werden gegenwärtig, so weit sie sich dazu eignen, im Hinterladungsgewehre nach dem preussischen Zündnadelgewehre umgearbeitet, und sind nach Nachrichten von dort unter anderen den Subler Privatfabriken allein 30,000 dieser Gewehre zur Umarbeitung überwiesen worden.

— Die „N. A. Z.“ schreibt offiziell: Die „Augeb. Allgem. Ztg.“ läßt sich in ihrer Nummer vom 1. d. M. in einer Korrespondenz aus Paris vom 29. Juli einen ausführlichen Bericht über den Verlauf angeblicher Verhandlungen zwischen Paris und

Berlin in der schleswigschen Frage schreiben, den wir nicht umbin können, unseren Lesern als ein eklatantes Beispiel von Unwissenheit und Eifindungsgebe zu bezeichnen. Wir sind in der Lage, die ganze Darstellung von Anfang bis zu Ende als aus der Luft gegriffen zu erklären. Die angeblichen Besprechungen haben weder in Paris, noch in Berlin stattgefunden; die Schwankungen, die Desavouierung, die freundschaftlichen Rathschläge, die Einmischung der russischen Regierung — mit einem Worte, Alles in dem Artikel ist, wie wir behaupten können, erfunden. Die Absicht solcher Erfindungen liegt freilich klar genug zu Tage; wir dürfen aber zugleich die Hoffnung aussprechen, daß solche Versuche, das Publikum über die gegenseitigen Beziehungen der beiden Kabinette, welche fortfahren, der freundschaftlichsten Art zu sein, zu täuschen, keinen weiteren Erfolg haben werden. Dasselbe gilt von solchen Anekdoten, wie die von der „Wiener Presse“ in ihrer No. 210 gebrachte, über eine Unterredung zwischen dem preussischen Botschafter und dem französischen Minister, welche keiner Widerlegung bedarf. Um so mehr aber müssen wir es bedauern, wenn selbst wohlmeinende Blätter, wie die „Weser-Ztg.“ so irrigen Darstellungen Raum geben, wie sie die Berliner Korrespondenz des Blattes vom 2. dieses Monats, welche auch in andere Zeitungen übergegangen ist, enthält. Wir stehen nicht an, den Anschein guter Quellen, den dieser Artikel trägt, als einen trügerischen zu bezeichnen und können, abgesehen von anderen Unrichtigkeiten, versichern, daß die angebliche Instruktion des Grafen Bismarck nicht existirt; daß von der preussischen Regierung ein ähnlicher Schritt überhaupt nicht gethan ist, und nicht gethan zu werden braucht, da ihr keine Veranlassung dazu gegeben wurde. Die Aeußerung der Kaiserlich französischen Regierung gegen ihren Gesandten war nach Form und Inhalt nicht von der Art, um weitere Schritte hervorzurufen, und die preussische Regierung hat weder Ursache gehabt, noch gegeben, um den Frieden, wie jener Artikel es darstellt, als bedroht anzusehen. Wir hegen keinen Zweifel, daß die friedlichen Gesinnungen, von denen wir Preußen und seine Regierung besetzt wissen, auch auf französischer Seite erwidert und getheilt werden.

— Die „Hertha“ und „Medusa“ sind bestimmt worden, die beiden preussischen Panzerregatten, „Kronprinz“ und „Prinz Friedrich Karl“ von den Westküsten zu Medway an der Themse und zu Marseille, wo dieselben gebaut worden sind, abzuholen und nach Kiel überzuführen.

— Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in den neuen Provinzen werden wohl erst nach dem Schlusse des Reichstages, also keinesfalls eher als in der zweiten Hälfte des Oktober erfolgen. Es ist noch nicht bestimmt, ob nicht im ganzen Lande allgemeine Neuwahlen nach Auflösung des jetzigen Abgeordnetenhauses stattfinden werden.

— Bei der am 6. und 7. d. Mts. hier gezogenen zweiten Klasse der R. preussischen 136. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 10,000 Thln. der Lotterie-Direktion auf ein Freitloos zu. Ein Gewinn von 4000 Thln. fiel in die Kollette des Hrn. Hltnaer in Schönebeck, und die anderen 4000 Thlr. in die des Hrn. Koch in Magdeburg.

**Quedlinburg, 6. August.** Die heutige Vormittags-Sitzung des norddeutschen Handwerkertages war in mancher Beziehung höchst interessant. Die Versammlung beriech nämlich „über eine allgemeine deutsche Gewerbe-Ordnung nach Anleitung der vom deutschen Handwerkertage zu Frankfurt entworfenen, auf den späteren Handwerkertagen revidirten Grundzüge einer deutschen Handwerks-Ordnung.“ Die Debatte leitete der Stadtrath Riedel aus Berlin ein, indem er der Versammlung vorschlug, nicht die einzelnen Paragraphen jenes Frankfurter Entwurfes zu beraten, sondern eine von ihm entworfene Resolution anzunehmen. Dieselbe lautete ungefähr so: Der Handwerkertag wolle beschließen, die Regierung zu veranlassen, daß sie eine Gewerbe- resp. Handwerks-Ordnung ins Leben rufe, worin den Handwerkern korporative Rechte und eine gewisse Autonomie gewährt werden sollten. Ferner wünschte die Resolution Beibehaltung der Lehrlings- und Gesellen-Prüfung. Die sich daran anschließende Debatte war sehr lebhaft. Einzelne, besonders die Mecklenburger, wollten das Innungswesen wieder hergestellt haben. Herr Tott aus Berlin suchte eine Parallele zwischen dem Handwerkerstande und anderen Ständen zu ziehen und kam zu dem Ergebnis, daß der Handwerkerstand im Staate wohl Pflichten, aber wenig Rechte habe. Jeder Stand habe seine Vertretung nach oben, nur der Handwerkerstand nicht. Schließlich einigte sich die Versammlung dahin, daß sie die Resolution des Stadtraths Riedel annahm, nur mit den Amendements, daß erstens Innungspflicht und Recht gewahrt werden sollten, und daß zweitens die Regierung, wenn sie die gewünschte Gewerbeordnung nicht gewähren wollte, dann für alle Stände Gewerbefreiheit geben möchte. — Die Verhandlung am Nachmittag enthielt weniger allgemein Interessantes. Nur Einzelnes sei hier erwähnt. In Anlehnung an eine Kommissionsvorlage sprach sich Herr Panje aus Berlin gegen die Handwerker-Kommissionen beim Militär aus, da die von den genannten Kommissionen ausgeführten Arbeiten dem Staate theurer zu stehen kämen, als wenn sie an Meister verdingen wären. Man fasse daher den Beschluß, bei Gelegenheit einer Petition die Staatsregierung zu ersuchen, fernerhin diese Arbeit an Handwerker oder Handwerker-Innungen resp. Associationen zu vergeben. — Endlich wurde noch über Gewerbesteuer und über die Mittel gesprochen, welche anzuwenden sind, um den Bestrebungen des Handwerkerstandes Nachdruck zu geben u. s. w. — Morgen Vormittag wird die Schlußsitzung abgehalten werden.

**München, 5. August.** Die ultramontane Presse ist sehr darüber entrüstet, daß der junge König eine zweite Krise nach dem modernen Babel, Paris, unternehmen will.

## Ausland.

**Wien, 6. August.** Man schreibt der „Köln. Z.“ von hier Folgendes: Der Besuch des Kaisers Napoleon in Salzburg, der jetzt nicht mehr bezweifelt werden kann, wird hier in unserer Residenzstadt in sehr verschiedenem Sinne aufgefaßt. Der Umstand, daß beide Kaiser ohne (?) ihre Minister bei dem Rendezvous erscheinen werden, zeigt schon die Absicht an, die Zusammenkunft als eine unpolitische, also rein persönliche öffentlich der Welt zu bezeichnen. In der That sollen die bekanntlich von Paris ausgegangenen Präliminarien zu diesem Besuche nicht unendlich haben erkennen lassen, daß es sich bei dem Kaiser Napoleon um ein Herzensbedürfniß handelt, daß er wegen der furchtbaren Katastrophe von Queretaro nicht sowohl sein Beliebsbezeugen, als vielmehr vor dem Haupte der Familie, welche der unerwartete Schlag so schwer getroffen, sich gewissermaßen entschuldigen wolle. Diefem gewiß nicht unberechtigten Verlangen glaubte Kaiser Franz Joseph um so weniger sich entziehen zu dürfen, als die gegenwärtige politische Lage Europas und speziell die Stellung Oesterreichs große Vorsicht erheischt, und die Sorge für das Wohl des Reiches gerade jetzt alle Privatgefühle in den Hintergrund zu drängen gebietet. Dieser allerdings auf der Hand liegende Umstand wird von Vielen in den Vordergrund geschoben; sie proklamiren die Zusammenkunft der Monarchen auf österreichischem Boden als einen eminent politischen Schritt; ja, sie gehen so weit, ihn als die Einleitung zu einer österreichisch-französischen Allianz gegen das supponirte preussisch-russische Bündniß, welches nicht nur ein Schutz gegen Frankreich, sondern auch wesentlich gegen Oesterreich gerichtet sein soll, zu bezeichnen. Daß bei dem (nur auf 48 Stunden berechneten) Beisammensein der Monarchen die Verhandlung über die politische Lage nicht abgeschlossen sein wird, ist selbstredend; es leuchtet aber ein, daß diese Besprechungen, so lange die Stellung der einzelnen Mächte gegen einander nicht eine ausgeprägtere Physiognomie angenommen hat, nur eventueller Natur sein können.

**Wien, 6. August.** Die Besorgniß vor einem plötzlichen Systemwechsel hat sich einigermaßen gelegt, nachdem von den leitenden Kreisen versichert wird, die Regierung denke vorderhand noch nicht daran, die von ihr eingeschlagene Rekonstruktionspolitik aufzugeben. Dafür hat sich aber das Gerücht verbreitet, die tschechischen Deputirten würden nach Wiederaufnahme der Sitzungen im Reichsrathe erscheinen, und in Uebereinstimmung mit den Polen, den Slovenen und den Klerikalen eine gründete Majorität herzustellen versuchen. In den tschechischen Organen ist des Eintretens der tschechischen Abgeordneten in den Verfassungsgesamst noch mit keiner Sylbe erwähnt, das betreffende Gerücht muß daher mit Vorsicht aufgenommen werden. Ueberraschend wäre eine solche Schwankung der tschechischen Taktik übrigens keineswegs, denn die Zerfahrenheit in den deutschen Abgeordnetenkreisen mußte bei den Tzchen notwendigerweise den Gedanken wachrufen, ob es nicht möglich wäre, durch eine energische Initiative sich zu Herren des Terrains zu machen. Die Regierung scheint den Tzchen die Umkehr erleichtern zu wollen, indem sie für das Königreich Böhmen in der Person des Fürsten Wolph Auersperg einen neuen Oberlandmarschall ernannt hat. Der Fürst, ein Bruder des Herrenbauespräsidenten, Fürsten Carlos Auersperg, ist zwar nicht minder verfassungsfreundlich, als sein Vorgänger Graf Hartig, aber seine Persönlichkeit steht bei den Tzchen in höherem Ansehen, weil er mit beiden Landessprachen vollkommen vertraut ist, worauf die Tzchen bekanntlich großes Gewicht legen. Auch behauptet man, daß Fürst A. Auersperg sich in den aristokratischen Kreisen Böhmens eines größeren Einflusses erfreue als Graf Hartig.

— Sehr befriedigend lauten die Ernte-Nachrichten aus allen Theilen der Monarchie. Der Export wird ungeheure Dimensionen annehmen, und die Eisenbahnen treffen schon jetzt Vorkehrungen, um die ihnen zur Ausfuhr zukommenden Quantums bewältigen zu können. Bei der Direktion der Westbahn sollen 300 Ertragszüge für Getreidetransport bestellt sein, und in gleichem Verhältniß werden sich voraussichtlich noch einige andere Bahnlücken und die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Anspruch genommen haben.

**Bern, 6. August.** Der „Bund“ bringt folgende Mittheilungen aus dem Bundesrathe: Der preussische Gesandte in der Schweiz zeigt dem Bundesrathe an, da der König von Preußen auf seinen Bericht und auf den Antrag der Ministerien der auswärtigen und der geistlichen Angelegenheiten den preussischen Unterthanen den Besuch der Universitäten in Zürich und Bern allgemein wieder gestattet hat. — Laut einer Mittheilung der nämlichen Gesandtschaft wurden in einigen schweizerischen Kantonen die dort anhängigen Hannoveraner zur Bezahlung der Militärsteuer angehalten. Mit der Ueberleitung des Königreichs Hannover in die preussische Monarchie sind die Angehörigen Hannovers preussische Unterthanen geworden und die Befreiung von der Militärsteuer soll daher auch für sie Anwendung finden. Der Bundesrathe erließ demgemäß ein Circular an die Kantone, worin dieselben eingeladen werden, Hannoveraner von der Bezahlung der Militärsteuer zu befreien.

**Paris, 6. August.** (N. Dr. Ztg.) Die Zusammenkunft zweier Souveräne ist unter allen Umständen ein politisches Ereigniß von höchster Wichtigkeit. Wir behaupten, daß solche Zusammenkünfte fast immer sehr betrübende Folgen haben. Diese Folgen haben mehriache Ursachen: 1) Schließen die Souveräne, was sehr selten ist, wirklich Freundschaft, so verbindet sie die gegenseitige Sympathie, die großen Interessen, welche sie zu vertreten haben, mit der gehörigen Energie zu verteidigen; sie bringen die Rechte ihrer Nation, die Beschwerden ihrer Regierung nicht gehörig zur Geltung, um das gekrönte Haupt nicht zu kränken, welches Tages zuvor ihr Gast war. 2) Die zweite Gefahr besteht in der Geschliffenheit des Hoftons, der so geschickt Tugenden hervorhebt, so leicht Zwiespalt zudeckt, daß sich die Souveräne selbst durch die

